

Pressemitteilung



Magdeburg, 6. März 2019

Sperrfrist: heute: Mittwoch, 6.3.2019, 15.30 Uhr

Internationaler Frauentag

Kolb-Janssen: Wir brauchen Arbeitsbedingungen in der digitalen Welt, die Frauen nicht benachteiligen

Der Landesfrauenrat und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit haben heute in Magdeburg über die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt informiert. „Wir brauchen Regeln für gute Arbeitsbedingungen in der digitalen Welt“, erklärte aus diesem Anlass **Angela Kolb-Janssen**, die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

Mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, Arbeitszeitkonten und Telearbeit versuchen Arbeitgeber zwar, die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung kommt jetzt aber zu dem Ergebnis, dass flexibles Arbeiten die traditionellen Rollen von Frauen und Männern zementiert. Kolb-Janssen: „Kurz gesagt: Homeoffice ermöglicht es den Müttern, sich mehr um ihre Kinder zu kümmern, und Männern, mehr zu arbeiten.“

Die digitale Revolution wird die Arbeitswelt weiter verändern. Das bietet Frauen und Mädchen Chancen, aber auch Herausforderungen. Das fängt bei der Gewährleistung der Teilhabe im Bereich des digitalen Wissens an, erfordert die Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen beim digitalen Arbeiten, um eine Rund-um-Verfügbarkeit zu verhindern, und macht bessere Qualifizierungsangebote notwendig, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen und die Kosten nicht den Frauen aufzuerlegen.

In der digitalen Arbeitswelt dürften Mindestlohn, Kündigungsschutz, Streikrecht, Urlaubsanspruch, Rente, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Verbot von Scheinselbstständigkeit und andere Regelungen zum Arbeitnehmerinnenschutz nicht umgangen werden, so Kolb-Janssen: „Auch Crowdworkerinnen haben einen Anspruch auf Sozialversicherung und Rente.“

Kolb-Janssen wies darauf hin, dass die digitale Kommunikation insbesondere für Frauen mit dem Risiko von verbalen und sexuell motivierten Übergriffen verbunden sei. Hier müssten die bestehenden Regeln zu „Hate Speech“ und zur Prävention von Gewalt im Netz weiter verbessert werden, um wirksam dagegen vorgehen zu können.